



**mouvement
écologique**

Welttag von dem Aarteschutz (Journée mondiale de la vie sauvage):

Déi wichteg Erausforderunge vun der Zäit ugoen - Mir erhiewen eis Stëmm fir déi ausstierwend Aarten!

Die aktuellen Krisenherde (Ukraine, Gaza, Iran...) und die geopolitischen Spannungen prägen derzeit den öffentlichen Diskurs, ebenso – was Luxemburg anbelangt u.a. die Wohnungskrise und die wachsenden Ungleichheiten. Dies aus absolut nachvollziehbaren Gründen.

Parallel zu diesen so wichtigen Themen laufen andere Herausforderungen, welche unsere Lebensgrundlagen und diejenige nächster Generationen in Frage stellen, Gefahr von der politischen Agenda vernachlässigt zu werden. So etwa erreichte Luxemburg als zweites Land weltweit den Overshootday Mitte Februar, das Ziel, die Klimaerwärmung auf 2 Grad Celsius zu begrenzen, wird immer unerreichbarer. Eine rezente Studie der Naturverwaltung ergab sogar, dass die Luxemburger Wälder ihre natürliche Speicherfunktion von CO₂ nicht mehr erfüllen können.

Die Lebensgrundlagen der Erde sind mehr denn je bedroht.

Den 3. März jeden Jahres hat die UNO zum Welttag der Artenvielfalt ausgerufen. Dies aus gutem

Grund: Das weltweite Artensterben hat gigantische Ausmaße angenommen. Dem Weltbiodiversitätsrat (IPBES) - vergleichbar dem Weltklimarat - zufolge, sind derzeit 2 Millionen Arten - von geschätzten 8 Millionen existierenden Arten - weltweit vom Aussterben bedroht.

Luxemburg macht da keine Ausnahme- im Gegenteil. Auch in Luxemburg ist der Rückgang dramatisch: $\frac{3}{4}$ der europäisch geschützten Arten sind hierzulande gefährdet und die Hälfte der geschützten Lebensräume befinden sich in einem schlechten Erhaltungszustand.

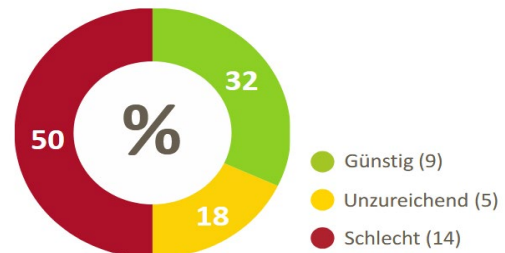
Die Gründe dafür sind hinlänglich bekannt: intensiv genutzte landwirtschaftliche Flächen mit erheblichem Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln, „uniformisierte“ und ausgeräumte Landschaften als Konsequenz, die kaum noch Lebensraum für Arten bieten. Im Gegenzug zur Intensivierung ist die komplette Aufgabe der landwirtschaftlichen Nutzung auf schwieriger bewirtschaftbaren Flächen (nass, in Hanglage...) aber ebenso ein Problem – wenn Mahd oder Beweidung auf Flächen mit einer hohen Diversität an Pflanzen eingestellt wird, nimmt die Artenvielfalt drastisch ab, weil die Flächen komplett mit Gebüsch zuwachsen. Es ist wissenschaftlich belegt, dass in Luxemburg die Hälfte der gefährdeten und/oder ausgestorbenen Arten mit

landwirtschaftlichen Flächen assoziiert sind¹. Ihr Fortbestand hängt von einer naturverträglichen, extensiven Nutzung ab.

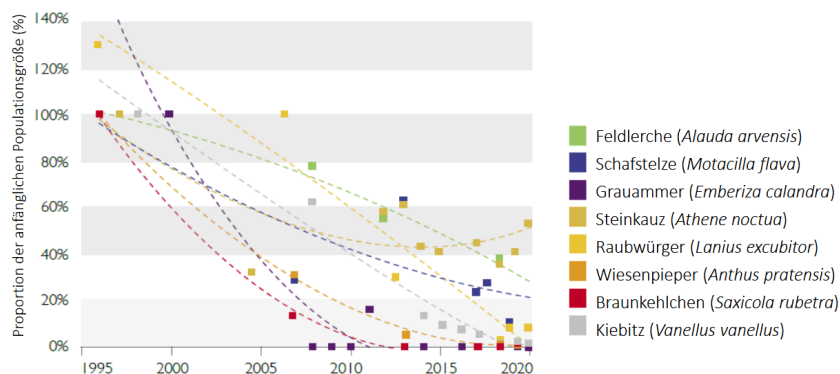
Aber auch die Zerschneidung der Landschaft durch Infrastrukturprojekte (Straßen, Siedlungen, Aktivitätszonen) sowie die erhebliche Bebauung (zusätzliche Versiegelung von 0,3 -0,5 ha/Tag) und fehlende Grünstrukturen innerorts führen zu diesem generellen Artenschwund. Luxemburg ist mit Abstand das am meisten zerschnittenste Land Europas! Ebenso ist gewusst, dass die Klimakatastrophe die Biodiversität zusätzlich schwächt.



Erhaltungszustand heimischer Arten



Erhaltungszustand heimischer Lebensräume (Habitats)



Drastische Abnahme typischer Vogelarten des Offenlandes

Die Konsequenzen sind erheblich: denn ohne funktionierendes Ökosystem wird auch der Mensch nicht überleben können. Der Mensch ist wie jede andere Art Teil eines komplexen ökologischen Gefüges, geht eine verloren, wird das gesamte System geschwächt. Wir brauchen z. B. Insekten als Bestäuber sowie zur Produktion unserer Lebensmittel. Aber auch die ökonomischen Schäden, die ein weiterer Biodiversitätsverlust mit sich bringt, sind gigantisch. Laut dem Weltwirtschaftsforum sind mehr als die Hälfte des globalen Bruttoinlandsprodukts direkt oder indirekt von der Natur abhängig

¹ Dale, P., A. Hochkirch, M. Pauly, C. Penny & G. Thakur, 2025. *Impact of agriculture on the environment and biodiversity in Luxembourg – A multidisciplinary approach to sustainability*. Note de recherche scientifique PS-002, Chambre des Députés Grande-Duché de Luxembourg.

(WEF 2020)². Landwirtschaft, Pharmazie und Tourismus sind die Leidtragenden, aber ebenso weitere Industrien (stabile Lieferketten setzen funktionierende Ökosysteme voraus). Der UN-Biodiversitätsrat sieht sogar ein „*kritisches und systemisches Risiko für die Wirtschaft, die Finanzstabilität und das Wohlergehen der Menschen*“. Nicht zuletzt verlieren die Ökosysteme ihre Kapazitäten als natürliche Kohlenstoffspeicher, was für den Klimaschutz verheerend ist.

Naturschutz ist Menschenschutz.

Zusätzlich gilt: die Arten haben ebenso ein Recht, auf diesem Planeten zu existieren als wir Menschen. Wir sind nur ein Teil unserer „*Mitwelt*“ und haben, so das bestbekannte Zitat, die Welt nur von unseren Kindern geborgt.

Die derzeitige Regierungspolitik ändert nichts an dieser verheerenden Entwicklung, im Gegenteil. Sie setzt den Trend vergangener Jahre weiter und verschärft die Situation somit zum Teil:

- Auf EU-Ebene tritt Luxemburg bis dato nicht konsequent genug **gegen die sogenannten „Omnibus-Gesetze“ ein, die zu einer weiteren Deregulierung und einer Schwächung des Schutzes von Natur und Menschen** führen würden. Stichwort: Schwächung der Bestimmungen betreffend Pestizide, Abschwächung von Umweltstandards im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik u.a.m.;
- Die **Reform der Landwirtschaftspolitik**, hin zu u.a. mehr Biolandbau, Honorierung der Landwirte für Leistungen im Sinne des Gemeinwohls (z.B. Wasserschutz, Förderung von Bestäubern, Bodenschutz) die stärkere Förderung der Reduktion des Pestizideinsatzes wird zu zaghaft oder nicht angegangen;
- Mit den vorliegenden Texten zur **Reform der Naturschutzgesetzgebung** riskieren unsere Ortschaften und Städte noch „*ärmer*“ an wertvollen Grünstrukturen zu werden – parallel sind die Initiativen zu deren „*freiwilliger*“ Förderung zu zaghaft;
- Auch die zahlreichen bekannten konkreten **Instrumente zur Förderung des Naturschutzes** - Umsetzung des Nationalen Planes für Naturschutz (PNPN3), Verbesserung der bestehenden Strukturen im Naturschutzbereich u.a.m. - gehen weitaus zu zaghaft voran.

Es ist sicherlich nicht ausschließlich diese Regierung, die für das Artensterben verantwortlich steht. Es ist die Entwicklung einer fehlgeleiteten Politik der vergangenen Jahre und Jahrzehnte.

Nur: Obwohl die Wissenschaft immer eindeutiger ein Umdenken anmahnt, obwohl konsequentes Handeln immer dringlicher notwendig wird und die Lösungen definitiv bekannt sind - steuert die aktuelle Regierung nicht ausreichend dagegen und trifft sogar Entscheidungen, die das Artensterben weiter vorantreiben.

Deshalb möchte der Mouvement Ecologique in dieser symbolischen Aktion konsequent für eine Umorientierung der Luxemburger Regierungspolitik im Allgemeinen und in punkto Erhalt von unserer Natur und Arten im Besonderen eintreten. Der Artenschutz steht dabei stellvertretend für die gesamte Regierungspolitik.

Dies indem wir den Arten, die sich nicht selbst öffentlich vertreten können, ein Gesicht und eine Stimme verleihen!

² Zitat

Jede Person, die an der symbolischen Aktion teilnimmt, steht für eine gefährdete Art. Dabei ist die reelle Liste aber weitaus länger!

Ausgewählt wurden Arten, die aufgrund der heutigen landwirtschaftlichen Praxis sowie der Zersiedlung und Zerschneidung der Landschaft bedroht sind. Emblematisch für die Liste der 75 Arten stehen die **Feldlerche (*Léierchen*)**, die durch Pestizideinsatz, Monokulturen und ausgeräumte Feldflure immer weniger Brut- und Nahrungsräume findet, die **Färber-Scharte**, die auf extensiv genutzte, blumenreiche Heuwiesen angewiesen ist und durch Düngung, frühe Mahd und Flächenverlust stark gefährdet ist, der **Kiebitz (*Piwitsch*)**, dessen Lebensraum der Feuchtgebiete in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts zu rund 80 % zerstört wurde, sowie der **Gartenschläfer (*Gaardeschléifer*)**, der durch den Verlust von Streuobstwiesen und strukturierenden Landschaftselementen wie Hecken, „Bongerten“ sowie Trockenmauern seinen Lebensraum verliert. Diese vier Arten stehen stellvertretend für den tiefgreifenden Biodiversitätsverlust in unserer Kulturlandschaft.

Leider steht die aktuelle Politik im Bereich Biodiversität nicht isoliert da. Auch in den anderen Bereichen der nachhaltigen Entwicklung verfehlt unser Land derzeit seine Ziele.

Die politisch Verantwortlichen verfolgen konsequent den recht einseitigen Diskurs, der heilige Gral einer positiven Zukunftsentwicklung liege in einem steten Wachstum sowie einer Vereinfachung der Prozeduren (welches aber de facto in weiten Zügen einer Deregulierung gleichkommt).

Ökologische Fragen unterliegen dem Prinzip des vermeintlichen „Pragmatismus“ und des eher populistisch anmutenden Slogans „Wir wollen die Menschen mitnehmen“!

Aber wohin die Regierung die Menschen mitnehmen will, sagt sie nicht!

Gesetzt wird auf rein voluntaristische statt auf strukturelle Maßnahmen, was de facto die Verantwortung auf den Einzelnen verlagert und eine Politik des „business as usual“ ist. Dabei ist es an der Politik den richtigen Rahmen zu setzen für eine nachhaltige Entwicklung, es obliegt ihrer Verantwortung! Genau dies versteht man unter Politik- und Zukunftsgestaltung.

Das Denken mancher Regierungsmitglieder ist davon geprägt, dass Wirtschaft „Realpolitik“ ist und andere sektorielle Politiken bestimmen müsse. Das Gegenteil ist der Fall: ökologischen Belangen die Priorität zu geben ist Realpolitik, die den Naturgesetzen Rechnung trägt und somit sicherstellt, dass die Zukunft nächster Generationen überhaupt noch eine Basis hat. Der Weltbiodiversitätsrat mahnt an, dass der Schutz der Natur „wesentlicher Bestandteil nachhaltigen, erfolgreichen Wirtschaftens“ ist.

Jeder Tag, an dem unser Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell nicht graduell im Sinne der nachhaltigen Entwicklung und des Respektes der planetaren Grenzen umgestaltet wird, ist ein verlorener Tag. Er erhöht nur den Handlungsdruck, die Transition in der Zukunft noch schneller und mit größeren Brüchen hinkriegen zu müssen – denn, dass unsere Wirtschaft in Zukunft verstärkt den Naturgesetzen Rechnung tragen muss, steht unweigerlich fest. Die Frage ist nur: wann wird die Transition in die Wege geleitet und bekommt man das nun „fließend“ hin oder werden spätestens in 10 - 20 Jahren einschneidende Brüche notwendig sein. Und eine effektive Transitionspolitik erfordern ein Mix an Instrumenten: ordnungspolitische Entscheidungen, marktwirtschaftliche Instrumente, Beratung und finanzielle Anreize sowie auch eine breite Informationspolitik.

Der Mouvement Ecologique ruft die Regierung auf, die positiven Konsequenzen der erforderlichen Transformationen aufzugreifen, auf wissenschaftlichen Erkenntnissen fußende Ziele zu benennen und die erforderlichen Rahmenbedingungen für deren Umsetzung sozialverträglich zu gestalten.

Es gibt ausreichende positive Botschaften zu vermitteln, wohin die Reise führen muss und warum die sozial-ökologische Transition anstrebenswert ist:

- Diese ist aus wissenschaftlicher Sicht zuerst einmal unabdingbar, wenn wir angesichts auch der **wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung Luxemburgs unsere eigenen Lebensgrundlagen nicht zerstören wollen**; dazu zählt die natürliche Umwelt;
- Durchgrünte Ortschaften im Rahmen von kohärenten **kommunalen Grünkonzepten (!)** machen diese lebenswerter, fördern den Zusammenhalt und sind auch wichtig aus Sicht der Klimaanpassung, der Resilienz und des Gesundheitsschutzes;
- Jetzt auf **Biolandbau und verbesserte Verarbeitungsstrukturen** zu setzen, gibt den Landwirten eine sichere Zukunftsperspektive, sie werden weniger abhängig vom globalen Weltmarkt und schützen verstärkt unsere Umwelt- und ihre Produktionsgrundlagen;
- Landwirte, die **Biodiversität auf ihren Flächen erhalten und fördern**, erweisen der ganzen Gesellschaft einen wichtigen Dienst - dies muss im Sinne **des Gemeinwohls durch neugestaltete Prämien adäquat honoriert werden**;
- Wenn uns jetzt die **Energietransition** auf allen Ebenen gelingt, u.a. auch im Bereich der **Wärmeplanung**, werden wir unabhängiger von Gas- und Stromimporten, deren Preise wir nicht beeinflussen können und welche uns zudem weniger abhängig von geopolitischen Spannungen machen – dies ist im Interesse aller, auch der Wirtschaft;
- **Weniger Konsum, mehr Verteilungsgerechtigkeit, Ressourcen schonen** u.a.m. erhöht aber ebenfalls das Wohlbefinden und eine **bessere soziale Verteilung des Reichtums** reduziert soziale Spannungen. Die Liste ließe sich beliebig erweitern.
- Ein **PIBien-être statt das Bruttosozialproduktes** wäre endlich ein angemessenes Bemessungsinstrument des Wohlbefindens in Luxemburg und Basis für politische Entscheidungen.

Klare Botschaften, wie ein positives Zukunftsbild / eine positive Zukunft im Respekt der Grenzen der Ökosysteme und ein „resilientes Luxemburg“ aussehen kann und warum dies notwendig ist, sind geboten.

Luxemburg, den 3. März 2026